

EDITORIAL

Saubere Autos für ehemalige Cowboys

Als FTD-Redakteur **Matthias Ruch** in Detroit durch das Entwicklungszentrum von General Motors lief, kamen Heimatgefühle auf. GM feiert dort das 100-jährige Bestehen seiner Marke Chevrolet, doch die neuen Chevs haben mit ihren US-Vorfahren nichts mehr gemein: In den Autos steckt erkennbar eine Menge Europa, etwas Asien – und nur noch eine kleine Prise USA. GM will die einstige Cowboy-Marke Chevrolet zur Weltmarke ausbauen. Um das staubige Image aufzupolieren, rückt der Konzern nun den Sportwagen Corvette und das Elektroauto Volt ins Rampenlicht. Beide sorgen weltweit für Aufsehen – dass die Boliden zu Chevrolet gehören, ist allerdings weniger bekannt. Welche Gefahren diese Imagepflege für die deutsche GM-Tochter Opel birgt, lesen Sie auf Seite 4.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihre Chefredaktion

Koalition sägt Chef der Netzagentur ab

Matthias Kurth soll einem Vertreter von Union oder FDP weichen // Schwarz-Gelb kritisiert Kurs bei der Energiewende

Timo Pache, Berlin, und Michael Gassmann, Düsseldorf

Nach zehn Jahren an der Spitze der Bundesnetzagentur steht Behördenchef Matthias Kurth offenbar vor der Ablösung. Der SPD-Mann soll durch einen Vertreter von Union oder FDP ersetzt werden, hieß es in Berliner Koalitionskreisen. Zur Begründung wurde auf die anstehende Energiewende und den dafür nötigen Ausbau der Stromnetze verwiesen. Diese Projekte könnten durch einen Vertreter der schwarz-gelben Koalition an der Spitze der wohl wichtigsten Infrastrukturbehörde in Deutschland besser überwacht werden, hieß es. Favorit für die Nachfolge Kurths ist der CSU-Politiker Johannes Singhammer.

Tatsächlich dürfte die Personalie aber auch dazu dienen, dem aufgestauten Frust bei Union und FDP über



Favorit für die Nachfolge an der Spitze der Bundesnetzagentur: Der CSU-Politiker **Johannes Singhammer** könnte auf den SPD-Mann Matthias Kurth folgen

die jüngsten Personalentscheidungen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) etwas Luft zu verschaffen. Seit Regierungsantritt ärgern sich viele Abgeordnete darüber, dass Merkel und etwa Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) an wichtigen Stellen SPD-Mitglieder weiterarbeiten lassen oder diese – wie jüngst Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen – sogar befördern. So soll Asmussen die Nachfolge von Jürgen Stark als Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank antreten. Daneben hat auch der ebenso wichtige Haushaltsstaatssekretär im Finanzministerium, Werner Gatzert, ein SPD-Parteibuch.

Im Wirtschaftsministerium, das für die Personalie zuständig ist, wurde die überraschende Meldung nicht demontiert. „Es ist noch keine Entscheidung getroffen worden über die zukünftige Besetzung des Präsidentenamts bei der Bundesnetzagentur“,

hieß es lediglich. Der Beirat der Behörde werde voraussichtlich im November beraten. Das Vorschlagsrecht hat die FDP, da die Netzagentur im Geschäftsbereich des FDP-geführten Wirtschaftsressorts liegt.

Singhammer ist bisher eher als Familien- und Sozialpolitiker und nicht als Energieexperte aufgefallen. So verteidigte der sechsfache Vater das ab 2013 geplante Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder lieber zu Hause erziehen, vehement gegen jede Kritik. Allerdings hat Singhammer auch in der Netzagentur Erfahrungen gesammelt: Fünf Jahre leitete er den Beirat der Behörde, bis 2009 gehörte er dem Gremium noch an.

Zuletzt hatte auch in der Energiewirtschaft die Kritik an Kurths Amtsführung stark zugenommen. Für Empörung sorgt derzeit der Vorschlag der Netzagentur, die erlaubte Eigenkapitalrendite aus dem Betrieb von

Stromnetzen auf 8,2 Prozent zu setzen – rund ein Prozentpunkt weniger als bisher erlaubt. Damit schrecke die Netzagentur Investoren ab und gefährde den Ausbau der Stromnetze, der für die Energiewende notwendig sei, kritisierte die Chefin des Energie-Branchenverbands BDEW, Hildegard Müller, vorige Woche. „Herr Kurth ist zurzeit resistent gegenüber Argumenten“, sagte ein hochrangiger Energiemanager am Wochenende.

Die Energiewirtschaft fordert stattdessen eine starke Anhebung der erlaubten Höchstrenditen auf 11,6 Prozent. Dagegen protestierte nun wiederum der Bundesverband Neuer Energieanbieter (BNE), der die Newcomer der Branche vertritt. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Von einem neuen Präsidenten können sich die Netzbetreiber möglicherweise eine Aufweichung von Kurths strikter Linie erhoffen.

PERSONALIEN



Nicholas Cosmo ist von einem US-Gericht als Anlagebetrüger zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der von den Medien als „Mini-Madoff“ bezeichnete 40-Jährige hatte zugegeben, im Rahmen eines fünf Jahre dauernden Schneeballsystems über 4000 Investoren insgesamt mehr als 195 Mio. Dollar gestohlen zu haben – ähnlich wie der verurteilte New Yorker Ex-Investmentmanager Bernard Madoff. Im Gegensatz zu Madoff, der viele Vermögende prellte, brachte Cosmo aber vorwiegend Arbeiterfamilien und Soldaten um ihre Ersparnisse. *REUTERS, FTD*

Fiege Das Logistikunternehmen erweitert zum Januar 2012 seinen Vorstand. Die bisherigen Bereichsvorstände **Thomas Knopf, Michael Müller, Peter Scherbel, Stefano Vincinelli** und **Felix Fiege** rücken dann in den Vorstand auf. Durch die Neuorganisation des obersten Gremiums will die Fiege-Gruppe eigenen Angaben zufolge den derzeitigen Vorstand mit den Mitgliedern **Hugo Fiege, Heinz Fiege, Stefan Kurrle, Alfred Messink** und **Jens Fiege** auf eine breitere Basis stellen, um auf diese Entscheidungswege zu verkürzen. Der Schritt soll auch dazu dienen, die Unternehmensphilosophie zu verwirklichen, derzufolge schlanke und flache Strukturen die Voraussetzung dazu sind, die Flexibilitätsvorteile eines Familienunternehmens nutzen zu können. *FTD*

The Home Depot Beim weltweit größten Baumarktunternehmen wird **Teresa Wynn Roseborough** Leiterin der Rechtsabteilung. Sie war zuletzt Chefsyndikus beim US-Versicherungskonzern MetLife. *FTD*

KOPF HOCH...

Reiner Calmund Unsere Nationalhymne ist für viele Fußballstars eine Hürde, wie ihre asynchronen Lippenbewegungen bei Nahaufnahmen vor Länderspielen zeigen. Es ist aber auch schwer: Welche Strophe soll man wegen Nazi-mäßiger Attitüde nicht singen? Die zweite, die dritte – oder die erste? In diese Vaterlandsfalle ist nun Calmund gekracht. Im Buch „Eine Kalorie kommt selten allein“ erzählt er, wie er stets die erste Strophe singt; das ist die falsche. Der Verlag schiebt die Schuld auf den Lektor, Calli beteuert, stets die dritte Strophe zu singen. Und zwar mit Gänsehaut. Immerhin erfährt die Welt auf diese Weise, dass er Bücher schreibt. *CLAUS G. SCHMALHOLZ*



KOPF DES TAGES WOLFRAM SIENER

Das wütende Milchgesicht

Seit einem Auftritt in einer TV-Talkshow gilt der 20 Jahre alte Sprecher der bankenkritischen Bewegung Occupy Frankfurt als Anführer der Kapitalismuskritiker

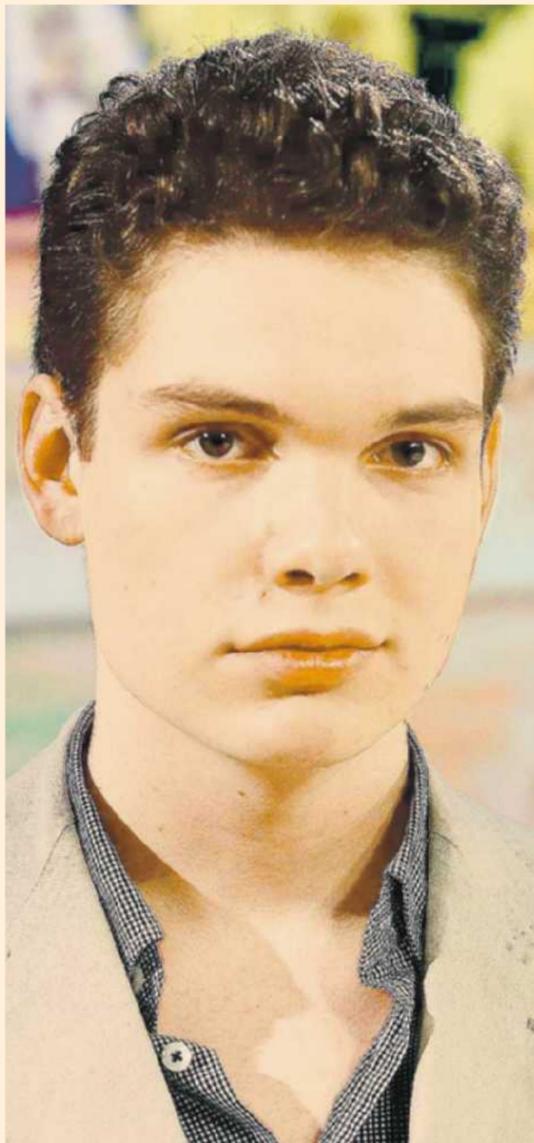
Fabian Herrmann, Berlin

Wolfram Siener sieht nicht aus wie einer von denen, die sonst gegen den Kapitalismus in den Krieg ziehen. Siener trägt meist Rollkragenpullover, Lederjacke – und natürlich ein Smartphone. Er ist kein Freund des Kapitalismus, vertuefelt ihn aber nicht generell. Aber das, was daraus geworden ist. Und er ist jung, sehr jung – erst mal 20 Jahre alt.

Gerade das macht ihn aber auch so typisch für die Bewegung, die aus den USA herüberschwappte. Es sind keine linksautonomen Chaoten, die da auf die Straße gehen. Die Empörten sind junge Menschen aus der sozialen Mitte, die gern Teil des Systems wären, wenn es sie denn teilhaben ließe. Eine Generation fühlt sich ausgestoßen, möchte mehr politische Mitsprache, eine faire Chance und weniger Profitgier. In Deutschland ist Siener ihre ideale Galionsfigur. Auch, weil er das nicht nur alles will, sondern weil er es auch so schön formulieren kann.

In der TV-Sendung von Maybrit Illner spielte der Politneuling unlängst Größen aus Politik und Wirtschaft an die Wand. Weil er sich ehrlich empörte, weil man ihm abkaufte, dass es ihm nicht um Einzelinteressen geht, sondern um das große Ganze. Er sagt Dinge wie: „Sind die Leute, die uns momentan führen, diejenigen, die unsere Häuser bauen oder sich jeden Tag auf dem Bauernhof abschuften? Das sind sie nicht. Das sind wir.“

Das sind Sprüche, die nach idealisiertem Klassenkampf klingen, und bei denen man sich unwillkürlich fragt, wie viele Häuser Siener denn wohl schon gebaut hat und wie lange er wohl schon auf einem Bauernhof geschuftet hat? Mit einfachen, präzise geschulten Bildern kann er aber im nächsten Atemzug die Schwächen des Finanzkapitalismus darlegen und zeigen, dass er versteht, wovon er redet. Er sucht die Schuld nicht allein in der Upperclass. Auch die Reichen seien schließlich nur Teil des Systems: „Wir sind alle gemeinsam dadrin. Eine ein-



Systemkritiker mit Redetalent. **Wolfram Siener** spricht gern über die Fehler des Kapitalismus, ganz ungern aber über sich selbst

zelne Person oder einzelne Bevölkerungsgruppe zu vertuefeln wäre falsch.“ Genauso lehnt er Gewalt und Hetze ab. Es gehe nicht darum, dass System zu stürzen, sondern darum, gemeinsam einen vernünftigen Ausweg zu finden.

Die Mischung aus verträumtem Idealismus und sachlichem Realismus ist es, die den Sprecher von „Occupy Frankfurt“, dem deutschen Pendant zu „Occupy Wall Street“, zum Vorbild einer Bewegung macht. Eine Rolle, die ihm selbst aber gar nicht so gut gefällt: „Es muss sich ändern, dass ich als Einzelner für diese Bewegung spreche“, sagt er.

In seine Rolle bei Occupy Frankfurt ist er zwar mehr hineingestolpert, wohnt sich aber trotzdem am rechten Platz: „In mir steckt ein gewisser Rebell. Ich konnte mich noch nie unterordnen.“ Und so scheint der Mittelstandsspross, der das Gymnasium nach der Mittleren Reife abbrach, zumindest für den Moment seinen Platz gefunden zu haben. Das war wohl nicht immer so.

„Ein durchwachsendes Leben“ habe er bisher geführt und sich selbst oft Mut machen müssen, sagt er im Gespräch mit der FTD. Mit 17 zog er sich zu Verwandten nach Finnland zurück, um herauszufinden, was er wolle. Die vagen Pläne, sich als Webmaster selbstständig zu machen, liegen vorerst auf Eis. Viel mehr verrät er nicht. Über sich selbst spricht er längst nicht so gern wie über den Finanzkapitalismus. Auch, weil nicht jedem zu gefallen scheint, was er macht. Nach den Demonstrationen erhielt er Drohanrufe, wurde aufgefordert, sich aus der Bewegung zurückzuziehen.

Gleichwohl wappnet er sich mit seinen Mitstreitern für einen längeren Kampf. Regelmäßige Demonstrationen sind das Ziel. Deshalb will er am Wochenende wieder in Frankfurt sein – zu den nächsten Demonstration vor den Zentralen von Commerzbank und der Deutschen Bank.

Agenda: Seite 23
Kommentar: Seite 25

Siemens-Netzwerker SEN holt ehemaligen HP-Manager

Der Firmennetzwerkbauer Siemens Enterprise Communications (SEN) holt seinen neuen Deutschland-Chef Martin Kinne von Hewlett-Packard. Kinne löse Stefan Herrlich ab, der SEN verlasse, wie das Unternehmen mitteilte. Branchenkreisen zufolge war Herrlich bei SEN-Konzernchef Hamid Akhavan wegen verfehlter Geschäftsplanungen in Ungnade gefallen. HP-Mann Kinne leitete bis Jahresanfang das PC-Geschäft des US-Computerkonzerns in Deutschland und war früher Geschäftsführer beim einstigen SEN-Schwesterunternehmen, dem Gigaset-Hersteller SBC.

Akhavan machte gleich zum Amtsantritt klar, was er von dem 52-Jährigen erwartete: „Mit Martin Kinne wertvollen Erfahrungen verbindet SEN große Ambitionen, in Deutschland neue Vertriebskanäle zu entwickeln sowie Umsatz und Marktanteil weiter auszubauen“, hieß es. SEN, das mehrheitlich dem US-Investor Gores gehört, zu dessen Firmenportfolio auch der Autozulieferer Sage gehört, leidet seit Jahren unter Einnahmenschwund. *REUTERS*

M&A-Leiterin von K+S wird Chefin einer Salzsparte

Beim Dünger- und Salzkonzern K+S steht nach FTD-Informationen eine kleine Jobrotation an, die vor allem die Salzsparte betrifft. Das Geschäft mit Salz besteht aus den zugekauften Firmen Morton Salt (zuständig für Nordamerika) und SPL (Südamerika) sowie dem angestammten K+S-Geschäft Esco (Europa). Die Leiterin der Abteilung Konzernentwicklung und Übernahmen, Alexa Hergenröther, wird kommendes Jahr Chefin von SPL. Sie folgt auf Matthias Mohr, der als Geschäftsführer zu Esco mit Sitz in Hannover wechselt. Der jetzige Esco-Chef Reinhard Dust geht in Pension. Die Personalien gehen aus einer Mitteilung im Intranet der Firma hervor. K+S lehnte einen Kommentar zu den Umbesetzungen ab.

Die Salzsparte von K+S erzielte im vergangenen Jahr 1,7 Mrd. Euro Umsatz und ist eine der beiden wichtigsten Sparten des Konzerns – neben dem etwa gleich großen Kalidüngergeschäft (1,8 Mrd. Euro Umsatz). K+S hatte SPL im Jahr 2006 und Morton Salt 2009 erworben. *KLAUS MAX SMOLKA*

INDEX

FIRMEN		NAMEN	
Air France KLM	6	IAG	6
Apple	8	IBM	8
AT&T	8	Infinion	8
Axa	1	Technologies	8
Blackrock	22	Unilever	6
BMI	6	Wattenfall	4
BMW	4	Verizon	8
Central	16	Virgin Atlantid	6
Citigroup	7	Volkswagen	4, 5
Comcast	7	Wilex	7
Condor	3	Yahoo	7
Daiwo	4		
Deutsche Bank	15	MAN	4
Deutsche Telekom	4	Maruti	5
Dish Networks	7	Mazda	5
Disney	7	Mitsubishi Motors	5
DVAG	16	Netflix	7
EnBW	3	News Corp.	7
Eon	3	Nextel	8
Euro	6	Nissan	5
Ferrosaal	4	Northrop Grumman	4
Fiaport	5	Olympus	7
Fuji Heavy Industries	5	Opel	4
Generali	1, 16	Oracle	8
Generali	16	Providence Equity	7
General Motors	4, 5	Partners	7
Google	7, 8	Qimonda	8
Heidelbergl Pharma	7	RWE	3
Hewlett-Packard	8	SAIC	4
Hochtief	4	SAP	8
Hotel.de	6	SGL Carbon	4
HRS	6	Sinopec	7
HSBC	21	Sony	7
Hulu	7	Sony Ericsson	7
Hyundai	5	Suzuki	5
		Suzuki	5
		Toyota	5
		T-Systems	4
		TUfly	3
		UBS	17
		Williger, D.	16
		Wittenberg, B.	7
		Yokoyama, Y.	5
		Zucker, F.	1
		Kilar, J.	7
		Klatzer, S.	4
		Meister, D.	16
		Nordberg, B.	7
		Perry, Chr.	4
		Pohl, R.	16
		Ragge, R.	6
		Rauf, H.	6
		Reuss, M.	4
		Secher, J.	4
		Senn, N.	17
		Smid, V.	8
		Stieler, Fr.	4
		Suzuki, O.	5
		Suzuki, T.	5
		Williger, K.	17
		Weber, A.	17
		Woodford, M.	7



FARBWECHSEL

Die Koalitionsbildung in der Hauptstadt Berlin mischt die Politszene auf. Statt mit den Grünen will die SPD lieber mit der CDU regieren. Die neuen Stars der Parteienlandschaft finden sich derzeit ohnehin anderswo: in der Piratenpartei

Das grüne Kreuz mit dem Beton

Die Ökopartei scheitert an ihrem erbitterten Widerstand gegen den Ausbau der Autobahn A 100. Sie wollte glaubwürdig bleiben

Friederike von Tiesenhausen
und Maïke Rademaker, Berlin

Für die Grünen ist die Sache klar. Klaus Wowereit trägt die Schuld. „Rot-Grün ist an Wowereit gescheitert“, klagt Landeschefin Bettina Jarasch. Er persönlich habe die Koalition nicht gewollt.

Solch ein Urteil mag für die Ökopartei opportunistisch sein, doch ist auch ein anderer Faktor augenfällig. Schon oft sind die Grünen über Infrastrukturmaßnahmen gestolpert, in Berlin hat es sie jetzt hingeschlagen. Ob Stuttgart 21, das Hamburger Kohlekraftwerk Moorburg oder jetzt die Stadtautobahn A100 – die Grünen tun sich schwer damit, ihren Widerstand gegen Betonprojekte aus der Oppositionsrolle zugunsten einer Regierungsbeteiligung so abzuschwächen, dass ein Koalitionspartner zustimmen kann.

Und das auch dann, wenn es um ein Bündnis mit dem Wunschpartner SPD geht. Der grün-roten Koalition in Stuttgart gelang dies im Frühjahr noch so gerade eben: Die Entscheidung über den umstrittenen

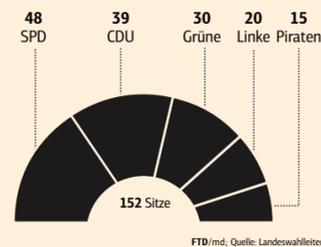
Bahnhofsbauprojekt wurde an einen Volksentscheid delegiert. In Berlin scheiterte die Kompromissfindung. Das mag zum einen an Wowereit liegen, dem noch nie viel Sympathie für die Berliner Grünen nachgesagt wurde. Nicht ganz unschuldig ist aber wohl auch der Berliner Landesverband, der im Vergleich zu Winfried Kretschmanns Superrealo-Grünen im Südwesten deutlich weniger pragmatisch ist. Mit Fraktionschef Volker Ratzmann stand Wowereit ein Alpha-Männchen gegenüber.

In der Berliner Parteizentrale ist man bemüht, den Vorwurf der Starrsinnigkeit zu widerlegen – und die Verweigerung zur Tugend zu erklären. Den Grünen werde schließlich von allen Parteien die höchste Glaubwürdigkeit zugeschrieben, da könne man nicht einfach umfallen. Und in der Tat: Noch am Freitagabend auf der Landesdelegiertenkonferenz hatte Ratzmann die Glaubwürdigkeit als höchstes Gut der Partei herausgestellt – und in einem Atemzug versprochen, dass der Ausbau der A100 nicht komme.

Für diese Aussage sind die Grünen im dritten Sondierungsgespräch am Montag dann noch recht

Grüne ohne Machtopion

Sitzverteilung im Berliner Senat



weit gegangen. Nachdem die SPD zugestanden hatte, den Ausbau nicht vor der Bundestagswahl 2013 zu starten, waren die Grünen ihrerseits bereit, gegebenenfalls einem Teilausbau zuzustimmen: Von dem bisher geplanten Ausbau von 3,2 Kilometer sollten rund 900 Meter bis 2016 realisiert werden. „Das war für uns ein sehr schmerzhaftes Zugeständnis“, sagte Landeschef Daniel Wesener der FTD.

Doch aus Sicht der Wowereit-SPD war es eben nicht genug. Die Fortschrittsvorstellungen zwischen Sozialdemokraten und Grünen waren einfach zu unterschiedlich – wieder einmal. Um diese in der Hauptstadt zu überbrücken hätte es persönliche Sympathien zwischen den beteiligten Personen benötigt.

Die Berliner Grünen belässt diese Episode in einem ganz besonders tiefen Jammertal. Eigentlich waren sie angetreten, Wowereit vom Thron zu stoßen, doch mit ihrer Spitzenkandidatin Renate Künast ging es in einem faden Wahlkampf rapide bergab. Am Ende landete Künast noch hinter der CDU. Und jetzt bleibt den Ökos im Abgeordnetenhaus wieder nur die Oppositionsrolle.

CDU vom Glück überrumpelt

Union hofft auf Rückkehr in eine Großstadt-Regierung

Claudia Kade, Berlin

Frank Henkel hat selbst schon nicht mehr dran geglaubt: Er habe nie ernsthaft damit gerechnet, dass der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) noch auf die Union als Koalitionspartner zurückgreifen werde, so kommentierte der Berliner CDU-Chef am Dienstag den Start der rot-grünen Koalitionsverhandlungen. Und im selben Atemzug kündigte Henkel eine verantwortungsvolle Oppositionspolitik an. Ein Parteifreund nahm bereits Kontakt mit der Piratenpartei auf, um die Oppositionsarbeit abzusprechen.

Nun hat Henkel plötzlich Aussichten, seine CDU nach zehn Jahren in die Hauptstadt-Regierung zurückzuführen. Im Wahlkampf hatte der 47-jährige Diplom-Kaufmann sorgsam darauf geachtet, konkrete Festlegungen oder strikte Ablehnungen zu vermeiden. Damit wollte er sich als Partner sowohl für die SPD als auch für die Grünen in Position bringen. Jetzt sieht es so aus, als könnte die Strategie aufgehen. Aufatmen könnte dann auch die Bundes-CDU: sie war in den Großstädten zuletzt glücklos und wittert nun die Chance, nach dem Hamburger Machtverlust vom Jahresanfang wieder in eine Metropole mitzuregieren. „Die CDU steht für Verhandlungen bereit“, jubelte prompt CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe.

Henkel hatte sich bei den Sondierungsgesprächen mit Wowereit in der vorigen Woche äußerst geschmeidig gezeigt: Die CDU wolle dem Regierenden Bürgermeister den Autobahnausbau ermöglichen sowie seinen Herzenswunsch als Kultursenator erfüllen: eine neue Kunsthalle. Und auch für ein Modellprojekt „Klimaneutrale Stadt“ habe sich die CDU offen gezeigt. Anschließend verkündete Henkel strahlend, für eine Große Koalition sehe er keinerlei Hürden. Als Wowereit dann zunächst doch auf die Grünen setzte, würdigte er Henkel: „Die SPD sagt Danke an Frank Henkel.“

Doch in der Sondierungsrunde blieben bei aller Harmonie auch die Streitpunkte nicht verborgen: Ausländerrecht, Integrationspolitik, Wahlrecht für EU-Ausländer. Dabei geht es zwar vor allem um bundespolitische Fragen – aber im Bundesrat müsste das Berlin dazu üblicherweise mit einer einhelligen Position auftreten. „Sollte es ein Verhandlungsangebot der SPD geben, werden wir uns dem nicht verschließen“, sagte Henkel gestern trotzdem voller Stolz.



Sind wir nicht süß: ahnungslos, aber lernwillig – die Piraten **Andreas Baum**, Fraktionschef, **Marina Weisband**, Geschäftsführerin, und **Sebastian Nerz**, Bundesvorsitzender, gestern bei ihrer ersten Bundespressekonferenz in Berlin

Planmäßig planlos

Die Parteispitze der Piratenpartei liefert bundespolitisch wenig Greifbares – und will das auch nicht

Fabian Herrmann, Berlin

Klar habe er eine persönliche Meinung zum Eurorettungsschirm. Aber das sei ja nur eine Einzelmeinung und nicht die der rund 14 000 anderen Parteimitglieder, sagt Sebastian Nerz. Und was die dazu denken, habe man noch nicht geklärt. So sitzt er, der Bundesvorsitzende der Piratenpartei, vor der markanten blauen Wand der Bundespressekonferenz, wo Bescheidenheit sonst selten zu Gast ist, und verkündet, dass er keine Lösung hat – immer wieder, über eine Stunde lang. Und das macht ihn glücklich.

Mit 8,9 Prozent der Stimmen sind die Piraten am 18. September triumphal ins Berliner Abgeordnetenhaus eingezogen. Auch bundesweit sammelt die Partei laut einer Umfrage des Forschungsinstituts Forsa mit acht Prozent Erfolge. Seitdem müssen sie auch zur Bundespolitik etwas sagen.

Das aber fällt den Politneulingen Nerz, der politischen Geschäftsführe-

rin Marina Weisband und Berlins Fraktionsführer Andreas Baum ausgesprochen schwer. Der hoch umstrittene Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr? War noch nicht Thema bei den Piraten. Die akute Griechenlandkrise? Die anderen Parteien haben doch auch keine Lösung.

Bei der Sozialpolitik gibt es zumindest eine Richtung: Teilhabe am öffentlichen Leben für alle und eine starke Förderung von Bildungsrichtungen, fordern die Piraten. Bildung ist der neuen Partei wichtig. Lösungsansätze, wie Teilhabe und Bildung aber garantiert werden können, haben sie aber nicht. „Wir haben noch nicht alle Themen bearbeitet“, entschuldigt Nerz.

Genau genommen haben sie die wenigsten Themen bisher bearbeitet. Noch nicht einmal auf vertrautem Terrain können die Piraten diesmal punkten. Die Datenschutzprobleme mit der Onlineplattform Facebook? Mögliches Vorgehen gegen Internet-abocke? Die Antwort ist immer wie-

der Bildung, der Bürger soll wissen, was er tut. Das ist dünn, sehr dünn. Und das ist Absicht.

Denn Transparenz und maximale Beteiligung der Parteimitglieder am politischen Geschehen sind das Erfolgsrezept der Piraten. Was die Partei meint, wie sie sich verhält, entscheidet die Basis. Und die habe sich eben bisher noch nicht mit allen Themen auseinandergesetzt.

Dass dieser umfangreiche Beteiligungsprozess manchmal zu lasten der Effizienz geht, räumt Weisband gerne ein. Macht aber nichts. das sei der Preis, den man zahlen müsse, sagt sie.

„Wir haben nicht nur ein Programm anzubieten, sondern ein Betriebssystem“

MARINA WEISBAND,
Piratenpartei

„Es ist uns wichtiger, an unseren Idealen festzuhalten, als konkreten Erfolg in der klassischen Politik zu haben.“ Mit ihrem Stil wollen die Piraten die Politik verändern. „Wir haben nicht nur ein Programm anzubieten, sondern ein Betriebssystem“, sagt Weisband.

Wo sie sich damit im politischen Spektrum einsortieren, ist schwer zu sagen, selbst für Piraten. Als „sozial-liberale Grundrechtspartei“ verstehen sie sich. Das gängige Links-Rechts-Schema sei ohnehin historisch überkommen, sagt Nerz. Ein bisschen legt er sich dann aber doch fest. Koalitionen mit rechtsextremen Parteien schließt er aus, und auch mit der CSU habe man bei den Themen der Piraten bisher wenig Übereinstimmung.

Aber sie lernen. Anfang Dezember treffen sich die Piraten in Offenbach zum Parteitag, dort soll es um programmatische Fragen gehen. Vielleicht haben sich die Mitglieder bis dahin mit ein paar der politischen Themen dieser Republik beschäftigt.

Merkel kratzt an Solarförderung

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat eine weitere Kürzung der Solarförderung angedeutet. Während die Windenergie auf dem Weg sei, fast rentabel Strom erzeugen zu können, sei dies bei der Sonnenenergie nicht der Fall, sagte Merkel auf einer CDU-Regionalkonferenz in Magdeburg. Die Bundesregierung habe die Solarförderung bereits massiv gekürzt. „Aber ich bin mir nicht sicher, ob wir nicht weiter rangehen müssen.“ Der Grund sei, dass in diesem Bereich für die Produktion von nur zwei Prozent der Stromerzeugung 50 Prozent der Fördermittel für erneuerbare Energien aufgewendet würden. „Das ist in keinem rationalen Verhältnis“, kritisierte Merkel. Zudem kämen zunehmend Solarmodule aus China. Merkel deutete an, dass es sinnvoll sein könnte, künftig Sonnenenergie aus Griechenland zu beziehen, wo die Sonne länger scheine. REUTERS

Koalition streitet über Mautvorstoß

Verkehrsminister Peter Ramsauer trifft mit seinem Mautvorstoß auf heftigen Widerstand in der Koalition. „Die Maut ist ungerecht, weil große, dreckige Autos und Vielfahrer genauso viel zahlen wie kleine, saubere und Wenigfahrer“, bemängelte der Unions-Verkehrsexperte Dirk Fischer in der „Bild“-Zeitung. In dieser Legislaturperiode werde die Pkw-Maut daher nicht kommen. Kritik erntete Ramsauer auch von Kanzlerin Angela Merkel: Sie hatte bereits in der Vergangenheit Vorbehalte gegen eine Pkw-Maut geäußert. Ramsauer selbst sieht dagegen die Mehrheit der Landesverkehrsminister hinter sich. Auch in der eigenen Partei rechnet er beim am Freitag beginnenden CSU-Parteitag mit einer großen Mehrheit für sein Vorhaben, sagte er dem ZDF. REUTERS

Gutverdiener müssen mehr Beitrag zahlen

Wer in Westdeutschland überdurchschnittlich viel verdient, wird 2012 fast 22 Euro monatlich mehr für Sozialversicherungen bezahlen müssen. Im Osten fällt der Zuschlag für Besserverdiener kaum halb so hoch aus. Das beschloss das Kabinett mit der Anpassung der Einkommensgrenzen für die Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung an die Lohnentwicklung zum kommenden Jahr. Bis zu diesen Grenzen müssen Sozialbeiträge bezahlt werden. Die Beitragsgrenze in der Renten- und Arbeitslosenversicherung wird nur im Westen um 100 auf monatlich 5600 Euro angehoben, im Osten bleibt sie dagegen bei 4800 Euro. Bei der Kranken- und Pflegeversicherung ist eine in Ost und West einheitliche Anhebung der Bemessungsgrenze um 112,50 Euro auf 3825 Euro im Monat vorgesehen. DPA

Schrittweiser Abzug aus Afghanistan geplant

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hat vor einem überhasteten Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan gewarnt. „Es wäre grob unverantwortlich, jetzt für 2012 Festlegungen einseitig zu treffen“, sagte er dem „Stern“. Ein Abzug sei „eine knifflige Sache: Findet er zu zaghaft statt, ist es gar kein Abzug, findet er zu schnell statt, gefährdet er die, die noch bleiben, und auch das bislang Erreichte.“ DPA

Richtigstellung

In unserer gestern auf Seite 10 veröffentlichten Karte zu den Haushaltsdefiziten der Bundesländer ist uns leider ein Fehler unterlaufen. In der Legende muss es richtig lauten: Haushaltsdefizite der Bundesländer 2010 (statt Schuldenstand) und Vergrößerung oder Vergrößerung des strukturellen Defizits 2013 (statt Schuldenabbau). Wir bitten, dies zu entschuldigen. Die korrekte Karte finden Sie auf www.ftd.de.

Hallo, Dick Cheney, alter Freund...!
 Wie geht das mit dem
 Waterboarding noch mal?!



Letzte Überzeugungsarbeit

Meine Leber gehört mir

Wer Bürger per Gesetz dazu bringen will, sich zur Organabgabe zu erklären, ist auf einem Irrweg

Axel Reimann

Spenden Sie für Verhungerte in Afrika? Kreuzen Sie an: ja, nein, weiß nicht. Angekreuzt? Okay, hier ist Ihr Reisepass. War doch nicht schlimm, ist für eine gute Sache und außerdem freiwillig. Denken Sie dran: Jeden Tag sterben Menschen, weil wir zu träge sind, etwas von unserem Reichtum abzugeben.

Ist es eigentlich falsch, wenn der Staat seine Bürger regelmäßig per Gesetz daran erinnert, etwas Gutes für die Mitmenschen zu tun? Zweifellos, denn er übt Druck aus. Deshalb verbietet sich dieses Vorgehen auch bei der Organspende.

Alle wissen, dass es zu wenig Spenderorgane gibt. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) und eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe im Bundestag glauben, das Problem lösen zu können. Alle Bürger sollen sich künftig erklären – zum Beispiel wenn sie ihre Krankenkassenschein bekommen, ihren Personalausweis oder ihren Führerschein.

Es wird immer wieder diese eine Frage sein: Sind Sie zur Organspende bereit? Natürlich soll die Antwort freiwillig gegeben werden – ja oder nein oder weiß (noch) nicht. Sollte der Plan tatsächlich umgesetzt werden, wäre das ein Paradigmenwechsel – weg von der lauen Zustimmungslösung, bei der man irgendwann mal, wenn man gerade Zeit und Lust hat, einen Spenderausweis ausfüllt oder im Zweifel später die trauernden Angehörigen entscheiden lässt. Hin zu

einer Erklärungsregelung, bei der – in aller Freiwilligkeit! – offiziell die Gewissensfrage gestellt werden soll.

Das Ziel: der angeblichen Organspendebereitschaft der Deutschen auch Taten, also einen Organspendeausweis folgen zu lassen. Deutschland ist in diesem Bereich nämlich ein Entwicklungsland. Nur wenige füllen einen Spenderausweis aus. Gleichzeitig warten Tausende Patienten vergeblich auf ein neues Transplantationsorgan, die Nachfrage übersteigt das Angebot um ein Vielfaches.

Wahrscheinlich wird es durch die geplante Zwangsbefragung tatsächlich mehr Organspendeeinwilligungen geben. Wahrscheinlich werden damit mehr Transplantationen möglich, können die Wartezeit auf ein Spenderorgan verkürzt, menschliches Leid verringert und Leben gerettet werden.

Es gibt da nur ein Problem: Dieser Schritt geht in die falsche Richtung. Er ist in Wirklichkeit ein Bruch mit der Freiwilligkeit, an der doch offiziell keiner rütteln will, wenn es um Organspenden geht. Er ist eine gar nicht mehr so subtile Aufforderung zum Altruismus, eine Verpflichtung zur Freiwilligkeit – ein Oxymoron. Selbst wenn in der angedachten Form nur Krankenkassen oder Passämter die Spendenbereitschaft abfragen sollen.

Sicher, das alles ist noch sehr weit von der Widerspruchsregelung entfernt, bei der wie in Österreich oder Spanien von Gesetzes wegen davon ausgegangen wird, dass grundsätzlich alle Bürger potenzielle Organspender sind. Wo „Spende“ längst schon als Verpflichtung definiert wird und der

Einzelne sich dem staatlichen Zwang explizit widersetzen muss.

Aber schon Menschen per Gesetz regelmäßig nach ihrer Organspendebereitschaft abfragen zu lassen ist ein Schritt, der den Gespenstcharakter untergräbt, auf den wir uns bisher in Deutschland bei Organspenden verständig haben. Selbst wenn dadurch Leid gelindert werden kann, sollten wir diesen Weg nicht gehen.

Im Grunde ist die Idee der Zwangsbefragung das Eingeständnis, dass Freiwilligkeit nie genügend Organspender produzieren wird. Wir Men-

Es gibt keinen Anspruch, von anderen Lebenszeit geschenkt zu bekommen

schon sind nicht altruistisch genug. Die meisten von uns sind in der Regel engherzige, ignorante, bequeme und für irrationale Ängste und Hoffnungen empfängliche Wesen. Die Empathie mit dem Leid der anderen reicht nicht aus. Selbst wenn wir noch so viel Infomaterial über die Vorteile der Organspende in die Hand gedrückt bekommen. Darum jetzt also der sanfte Druck, sich von Amts wegen erklären zu müssen. Eine sanfte Kapitulation vor dem Offensichtlichen.

Denn es ist offensichtlich, dass sich die Angebotslücke bei Spenderorganen nur auf zwei Arten schließen lässt: durch Zwang oder durch eine wie auch

immer geartete Marktlösung. Aber beide Wege hat der Gesetzgeber bisher aus guten Gründen abgelehnt, denn sie widersprechen der grundgesetzlich garantierten Menschenwürde. Selbst der tote Mensch hat danach eine Würde, er darf weder zur Verfügungsmasse des Staates noch finanzieller Kalküle gemacht werden. Und das gilt auch für bequeme, überängstliche Zeitgenossen, deren verwertbare Organe man im Zweifel verwesen lassen muss, statt damit anderen Menschen Leben zu schenken. So irrsinnig, ineffizient und ignorant uns das erscheinen mag. Die Idee der freiwilligen Spende ist die einzig menschenwürdige Option.

Wer daran festhalten möchte, dass ein Organtransplantat nur eine durch Altruismus motivierte, freiwillige Gabe sein soll, darf auch nicht den Irrweg eines sanften Zwanges einschlagen, darf nicht durch regelmäßiges Nachhaken Druck ausüben. Empathie lässt sich nicht verordnen. Das bedeutet aber auch: Die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage wird erhalten bleiben, und menschliches Leid wird nicht gelindert. Es ist die paradoxe Konsequenz der Menschenwürde: Nicht das (fehlende) Angebot ist das Problem, sondern die Hoffnung, die sich als um jeden Preis zu befriedigende Nachfrage versteht. Ganz hart ausgedrückt: Niemand hat einen Anspruch darauf, von anderen Lebenszeit zur Verfügung gestellt zu bekommen.

E-Mail reimann.axel@guj.de
Axel Reimann ist Redakteur im Kommentarteam der FT.

FINANCIAL TIMES
 DEUTSCHLAND

Die Leitartikel geben die Meinung der Zeitung wieder und sind daher unsigniert

SAUDI-ARABIEN

Frauen ans Steuer

Im Iran dürfen Frauen Auto fahren. In Syrien dürfen Frauen Auto fahren. In Nordkorea ebenso wie im Jemen. In Saudi-Arabien nicht. Wenn westliche Politiker jedoch von menschenrechtsverletzenden Schurkenstaaten reden, erwähnen sie schnell die Länder Iran und Syrien. Niemals Saudi-Arabien.

Nun ist Autofahren selbst nicht gleich als Menschenrecht einzustufen. Es ist aber ein Symbol, wie es um die Freiheit von großen Teilen der Bevölkerung und um die Rechtsstaatlichkeit in dem arabischen Königreich bestellt ist. Zu zehn Peitschenhieben ist dort nun erstmals eine Frau verurteilt worden, weil sie sich ans Steuer eines Fahrzeugs setzte. Doch wie reagieren europäische und amerikanische Politiker darauf – jene also, die etwa den Einmarsch in den Irak oder in Afghanistan auch mit der Durchsetzung von Frauenrechten begründeten? Gar nicht. Hier geht es ja um Saudi-Arabien, einen Verbündeten. Selbst wenn dort eine Diktatur herrscht.

Dabei sollte der Westen spätestens aus den Aufständen in Libyen und Ägypten gelernt haben: Gute Diktatoren gibt es nicht. Sich mit ihnen allzu sehr einzulassen rächt sich spätestens, wenn die Bevölkerung sich gegen ihre Herrscher erhebt. Wenn sich dann die Europäer oder Amerikaner ihnen gegenüber als Freunde der Demokratie aufspielen wollen, wirkt das nur scheinheilig und unglaubwürdig.

Doch hiesige Politiker reden sich weiter ein, König Abdullah Al Saud zu Reformen überreden zu können. Dabei hat er gerade wieder einmal das Gegenteil bewiesen: So

verspricht er nun den Frauen, dass sie sich an den Kommunalwahlen 2015 beteiligen könnten. Mancher Optimist im Westen will darin schon eine Öffnung des Landes erkennen.

Tatsächlich ist es nur eine Nebelkerze. Denn diese Wahlen sind bedeutungslos. Das sieht man schon daran, dass der jetzige Urnengang zwei Jahre später stattfindet als eigentlich terminiert – weil es der König so will. Die Gemeinderäte haben so gut wie keine politische Macht. Die liegt allein beim Herrscherhaus in Riad und den islamischen Geistlichen. Im Vergleich dazu ist der Iran geradezu eine Oase der Freiheit und Demokratie.

Der Westen muss begreifen: Es gibt keine guten Diktatoren

Es ist daher an der Zeit, dass die Politik auf Distanz zu den saudi-arabischen Herrschern geht, jenseits aller geopolitischen Taktikerei und trotz der Abhängigkeit vom Öl. Der Westen muss ja nicht gleich, wie im Fall Libyen, Kampfjets schicken. Aber es stünde der EU-Außenministerin Catherine Ashton, Außenminister Guido Westerwelle oder Kanzlerin Angela Merkel gut an, wenn sie den König öffentlich auch mal kritisierten und den verurteilten Frauen politische Unterstützung zukommen ließen. Nur mit freundlichem Lächeln kann man Diktatoren keine Reformen abtrotzen. Das hat schon bei Gaddafi nicht geklappt.

EFSF-ABSTIMMUNG

Auf die Brücke, Merkel

Stell dir vor, der Deutsche Bundestag entscheidet über das bisher wichtigste Gesetz dieser Legislaturperiode – und die Kanzlerin schweigt. Die Volksvertreter werden heute über die umstrittene Aufstockung des Euro-Rettungsschirms EFSF heftig wie grundsätzlich debattieren und abstimmen. Angela Merkel jedoch, im Nebenberuf Bundesvorsitzende der Regierungspartei, hat für sich entschieden, die Zeit der Parlamentsdebatte einfach abzusetzen wie eine Unbeteiligte.

Mit Ruhe und Gelassenheit hat das nichts zu tun. Schon eher mit Instinktslosigkeit und Ignoranz. Es geht bei dieser Abstimmung im Hohen Haus nicht um eine Novelle des Bundeskleingartengesetzes, sondern um die Rettung Griechenlands vor der Pleite, um die Zukunft Europas, um weitere 88 Mrd. Euro, mit denen Deutschland Garantien für Schuldnerstaaten der Euro-Zone übernimmt. Und es geht nicht zuletzt um die eigene Mehrheit der schwarz-gelben Regierungskoalition.

Da kann Angela Merkel bei Günther Jauch noch so oft betonen, dass es sich um ein ganz normales Gesetz handle, das mit einer normalen Mehrheit – egal woher sie kommt – in Kraft gesetzt werden könne. An solch einem Tag ist business as usual fehl am Platz.

Richtig, üblicherweise spricht ein Regierungschef nicht bei der Lesung eines Gesetzes. Aber üblicherweise geht es auch nicht um die Rettung des Euro. Angela Merkel muss daher eine Ausnahme machen. Es ist ihr Job, den Skeptikern noch einmal kämpferisch zu verdeutlichen, warum sie das Schuldenrisiko akzeptieren sollen. Und es ist ihre Aufgabe, der Öffentlichkeit die Angst vor einem Mega-Schuldenberg für kommende Generationen und vor dem Wertverlust ihres Ersparnis zu nehmen. Wenn ein Schiff leckschlägt, kann der Kapitän doch nicht entspannt in seiner Kajüte sitzen und abwarten, ob es die Offiziere richten. Der Kapitän gehört auf die Brücke.

DAS LETZTE

Endlich wieder mal ein bisschen Langeweile

Fabian Herrmann

Peter war einmal Großmeister des Papierkranichbastelns. Mit vollendeter Technik, geschliffen in der harten Schule endlos langweiliger Nachmittage, wurde er damit zu Unizeiten zum stillen Helden ebenso endlos langweiliger Vorlesungen. Wenn er aus dem ohnehin gähnend leeren Blatt vor sich ein kleines Kunstwerk zauberte. Ein lebender Beweis, dass Langeweile per se nichts Schlechtes sein muss, sondern Grundlage kreativen Schaffens ist. Nun mögen Papierkraniche nicht zu den Erfindungen zählen, die die Mensch-

heit entscheidend vorwärtsbringen (anders als beispielsweise die Currywurst, die auch aus purem Zeitvertrieb entstanden sein soll). Um die Kollegen zu erheitern, taugen sie allemal.

Dann aber kam das Internet – und weg war die Langeweile. Jetzt hängt Peter bei Facebook rum, checkt alle zwei Minuten seine E-Mails oder shoppt bestenfalls noch Schuhe. Wie soll einem noch gepflegt langweilig werden, wenn auf der Datenautobahn ständig neue Informationen, neue Fotos, neue Freunde vorbeirauschen? Viel zu spannend, um offline zu gehen.

Der Däne Pippin Barr hat das Dilemma erkannt. Er hat ein Spiel entwickelt, dessen einziger

Sinn und Zweck es ist, stundenlang in einem virtuellen Museum in der Schlange zu stehen. Das ist unfassbar langweilig – und die Rettung für alle, die gerade wieder einmal vom eigenen Leben überholt werden. Endlich darf man sich auch online ordentlich langweilen. Zarte Hoffnung auf die Rückkehr des Papierkranichs keimt auf.

Aber alle Hoffnung ist vergebens. Am Ende ist auch Barr nur ein Verräter der guten Sache. Wem nach stundenlangem Schlangestehen gerade so langweilig ist, dass er in Gedanken mit dem Papierfalten beginnt und dabei versehentlich die falsche Taste drückt, der fliegt prompt aus der Schlange. Das ist dann Adrenalin pur.

GESAGT...



„Die Debatte in Deutschland um die Begrenzung der Finanzkrise darf nicht auf nationale Interessen beschränkt werden.“

Nikolaus Schneider, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, zur Bundestagsabstimmung über eine Erweiterung des Euro-Rettungsschirms EFSF

...GEMEINT

Gott hilf!